

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.752.621

Wien, am 15. Jänner 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Schroll, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. November 2020 unter der Nr. **4151/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Informationsvorteil für Ischgl- weiß man mehr in Tirol?“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

1. *Welche Ministerien und Behörden werden in den Entscheidungsfindungsprozess im Zusammenhang mit neuen COVID-Verordnungen miteingebunden?*
2. *Wurden und werden auch andere (nichtstaatliche) Organisationen, Interessensvertretungen, Unternehmen und Privatpersonen aktiv involviert?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn ja, gibt es Vorgaben aus bzw. an verschiedene Ministerien bezüglich der Einbindung diverser „Stakeholder“?*
 - c. *Wenn nein, wann und wie erfolgt offiziell die Informationsweitergabe an relevante Interessensgruppen, speziell im Bereich Wintertourismus?*

Generell ist festzuhalten, dass die Bundesregierung bei der Ausarbeitung von Verordnungen und Gesetzen darum bemüht ist, alle maßgeblichen Stellen einzubeziehen, um auf deren Expertise und Fachwissen zurückgreifen zu können.

Ich ersuche aber um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der geltenden Fassung, BGBl I Nr. 8/2020, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereichs sind und somit von mir nicht beantwortet werden können. Darüber hinaus darf ich auf das für die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4153/J vom 16. November 2020 durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz verweisen.

Zu den Fragen 3 und 4:

3. *Können Sie ausschließen, dass Informationen zu neuen COVID-Verordnungen frühzeitig an betroffene und relevante Stakeholdergruppen nach außen dringen?*
 - a. *Welche Maßnahmen werden zur Wahrung der Informationssicherheit ergriffen?*
4. *Können Sie ausschließen, dass es generell für die Branchen Wintertourismus sowie die Liftbetreiber einen Informationsvorsprung in Form von frühzeitig erhaltenen Informationen zu geplanten Maßnahmen gegeben hat oder gibt?*

Grundsätzlich gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundeskanzleramts, wie im Übrigen für sämtliche Amtsträgerinnen und Amtsträger, dass sie über alle Tatsachen, die ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt geworden sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, wenn an deren Geheimhaltung entweder ein öffentliches Interesse oder ein überwiegendes Interesse anderer Personen besteht.

Zu Frage 5:

5. *Hat es in den letzten Wochen Schriftverkehr zwischen Vertretern des Wintersportortes Ischgl oder Vertretern der „Tiroler Adler Runde“ und Ihrem Ministerium gegeben?*
 - a. *Wenn ja, zu welchem Thema?*
 - b. *Wenn ja, wann und mit wem genau?*
 - c. *Wenn ja, bitte um Offenlegung und Übermittlung des gesamten Schriftverkehrs samt etwaiger Anlagen.*

Nein.

Zu den Fragen 6 bis 10:

6. Können Sie ausschließen, eine Verlängerung des Lockdowns bis kurz vor den 17. Dezember geplant zu haben?
 - a. Wenn nein, gab es diesbezüglich Kontakt zum Tourismusort Ischgl oder Vertretern der „Tiroler Adler Runde“?
7. Gibt es entsprechende Abschätzungen, wie sich die Öffnung von verschiedenen Skiregionen auf die Zahl der (Neu-)Infektionen auswirken wird?
 - a. Wenn ja, welche Szenarien gibt es?
 - b. Wenn ja, gibt es ein Szenario, das auch einen weiteren Lockdown enthält?
 - c. Wenn ja, bitte um Übermittlung der betreffenden Szenarien.
8. Gibt es Konzepte, mit deren Hilfe ein Anstieg der Infektionszahlen auf Grund von Öffnungen von Skiregionen und dem laufenden Skibetrieb verhindert werden soll?
 - a. Wenn ja, bitte um Übermittlung der betreffenden Konzepte.
 - b. Wenn nein, warum nicht?
9. Halten Sie den vom Ministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus im Sommer veröffentlichten Leitfaden für Tourismusbetriebe für ausreichend und für ein - angesichts der steigenden Infektionszahlen - weithin angemessenes „Sicherheitskonzept“?
10. Inwieweit wird das Vorgehen in den Wintersportorten, zum Beispiel in Ischgl, mit dem Bund akkordiert?

Speziell in der aktuellen Gesundheitskrise ist in einem föderal strukturierten Land wie Österreich ein guter und regelmäßiger Austausch zwischen Bund und Ländern von zentraler Bedeutung zur Eindämmung und in weiterer Folge zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

Dementsprechend sind meine Regierungskolleginnen und Regierungskollegen und ich seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie vermehrt im regelmäßigen Kontakt mit den Landeshauptleuten, um die aktuelle Lage in den Bundesländern zu besprechen, sich bundesländerübergreifend auszutauschen und beabsichtigte Vorgehensweisen abzustimmen.

Fragen zu Angelegenheiten des (Winter-)Tourismus in Verbindung mit der Reduktion der Infektionszahlen fallen (vorwiegend) in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus sowie des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, weshalb ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4154/J vom 16. November 2020 durch die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus sowie Nr. 4153/J vom 16. November 2020 durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz verweisen darf.

Die Ministerien sind selbstverständlich bestrebt, Konzepte und Vorgehensweisen auf aktuelle Gegebenheiten anzupassen.

Darüber hinaus ersuche ich um Verständnis, dass darüberhinausgehende Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl I Nr. 8/2020, nicht Gegenstand meines Vollzugsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können. Ich darf auch um Verständnis ersuchen, dass jedoch Meinungen und Einschätzungen grundsätzlich kein Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes sind.

Sebastian Kurz

